



Operation 3000 hat begonnen Kommunalwahl: FREIE WÄHLER streben 3.000 Mandate an

Die FREIEN WÄHLER wollen die auf die Wählergemeinschaften entfallenden Mandate bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen in Niedersachsen auf über 3.000 ausbauen. Dieses Ziel beschlossen die Vertreter zahlreicher örtlicher Wählergemeinschaften auf der Jahresversammlung des FREIEN-WÄHLER-Landesverbandes am 12. März 2011 in Isernhagen (Region Hannover).

Für die FREIEN WÄHLER als Dachverband der Wählergemeinschaften ist die Kommunalwahl im September von besonderer Bedeutung.

Der wiedergewählte Landesvorsitzende Arno Ulrichs (Unabhängige Wählergemeinschaft Ihlow, Landkreis Aurich) hob als wichtige politische Ziele eine breitere Beteiligung der Bürger an kommunalen Entscheidungen und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen hervor.

Die in diesem Jahr zu Buche schlagenden Rekorddefizite in den kommunalen Kassen schränken die Daseinsvorsorge für die Bürger immer mehr ein. Straßen und Schulen seien häufig in einem unzumutbaren Zustand.

Bei den letzten Kommunalwahlen errangen die Wählergemeinschaften 16,3% der Mandate (in absoluten Zahlen 2.693) in den Stadt- und Gemeinderäten. „Mit dem avisierten Ziel von 3.000 Mandaten würden wir den Anteil auf 20% ausbauen und damit die Bedeutung der Wählergemeinschaften stärken“, so Ulrichs. FREIE WÄHLER und Wählergemeinschaften seien die organisierte politische Form der Bürgerbeteiligung in der Kommune.

Bei den Vorstandswahlen wurden als stellvertretende Landesvorsitzende **Renate Bitz** (Hannoversch-Münden) und **Frank Uwe Walpurgis** (Wilhelmshaven) wiedergewählt. Neu zum dritten stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde **Torsten Jung** (Ronneberg, Region Hannover) gewählt.



v.l.n.r. Torsten Jung, Renate Bitz, Arno Ulrichs, Frank Uwe Walpurgis

Presseerklärung des FREIE WÄHLER Bundesvorstands Rheinland-Pfalz: Künftig mit FREIE WÄHLER rechnen Wahlen Baden-Württemberg: Desaster für bürgerliches Lager



Aiwanger: FREIE WÄHLER müssen die Ärmel hochkrempeln

München (28. März 2011) - Der Bundesvorsitzende der **FREIE WÄHLER** in Deutschland, **Hubert Aiwanger** MdL, bewertet das 2,3%-Ergebnis der **FREIE WÄHLER** bei der Landtagswahl in **Rheinland-Pfalz** vor dem Hintergrund dessen, dass nur 19 von 51 Stimmkreisen mit Direktkandidaten besetzt waren als „Zeichen dafür, dass wir beim Wähler akzeptiert sind und als ordentliche Ausgangsbasis für künftige Wahlen. Wären wir flächendeckend aufgestellt gewesen, hätten wir die 5% durchaus erreichen können.“

Der Landesvorsitzende von **Rheinland-Pfalz**, Manfred Petry, sagte bei einem persönlichen Gespräch am Wahlabend in Mainz zu, den Aufbauprozess systematisch weiterzuführen mit dem Ziel, nächstes Mal flächendeckend anzutreten.

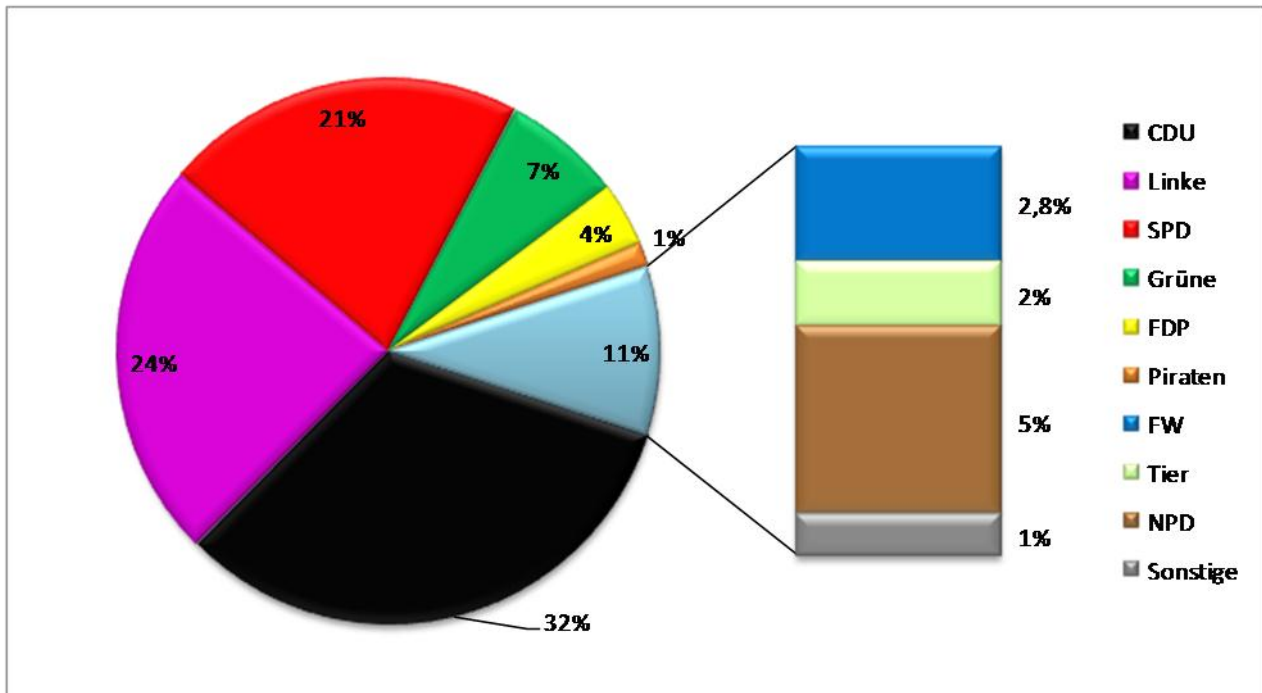
Das Wegbrechen der schwarz-gelben Regierungsmehrheit in **Baden-Württemberg** sieht Aiwanger in einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust der bürgerlichen Parteien begründet – von Stuttgart 21 bis zur jahrelangen falschen Positionierung in der Atompolitik.

Mangels eines modernen Politikangebotes im bürgerlichen Bereich – der Landesverband der **FREIE WÄHLER** in **Baden-Württemberg** hatte eine Teilnahme an der Landtagswahl abgelehnt, u.a. um den bürgerlichen Parteien keine Stimmen weg-zunehmen - wanderten viele bisherige Wähler der bürgerlichen Mitte direkt zu den Grünen ab.

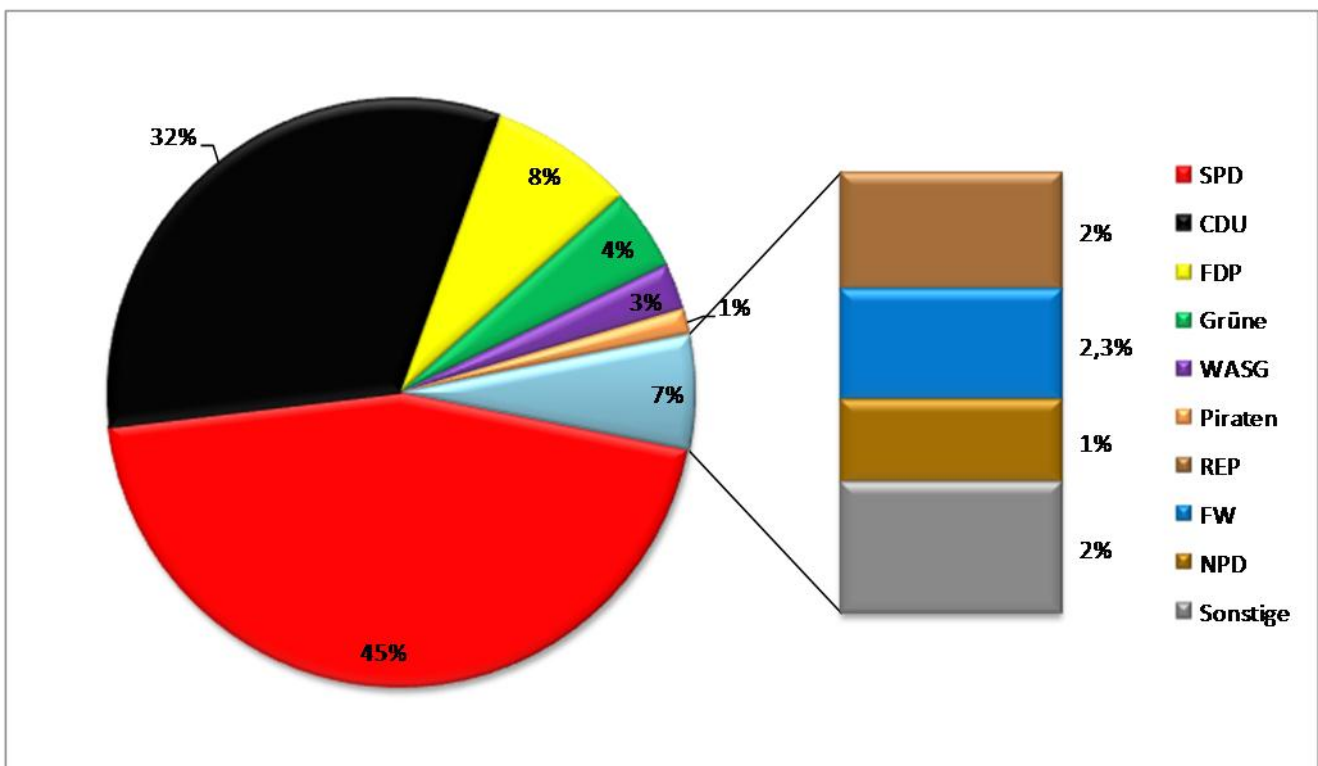
Aiwanger: „Die Zeiten ändern sich. **Wir FREIE WÄHLER müssen in Zukunft noch mehr Verantwortung übernehmen.** Einfach zu sagen, wir machen die Kommunalpolitik und alles andere machen die Anderen schon, ist nicht mehr im Sinne der Bevölkerung. **Ein bürgernahes Politikangebot, welches unabhängig von Lobbyisten ist, können nur die FREIE WÄHLER bieten.**“

Auf der nächsten Seite finden Sie die Endergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen Anhalt und Rheinland-Pfalz.

Vorläufiges Endergebnis Sachsen-Anhalt



Vorläufiges Endergebnis Rheinland-Pfalz



Kommunalwahl Hessen 2011:

Positiver Landestrend bestätigt die FREIEN WÄHLER

Gießen: Die FREIEN WÄHLER kommen nach der aktuellen Trendmeldung auf einen Stimmenanteil von 5,3 % und konnten sich gegenüber dem Ergebnis der Kommunalwahl im Jahr 2006 leicht verbessern. „Durch die Auszählung der durch Kumulieren und Panaschieren veränderten Stimmzettel erhoffen wir uns weitere Zugewinne“, so Landesvorsitzender Walter Öhlenschläger. „Die Freien Wähler sind mit diesem Ergebnis nicht unzufrieden und sehen es als Beleg dafür, dass die gute, sachbezogene Arbeit in den Kreistagen, den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. Bislang können das nach Ansicht der Freien Wähler nicht alle zur Kommunalwahl ange tretenen Parteien feststellen.

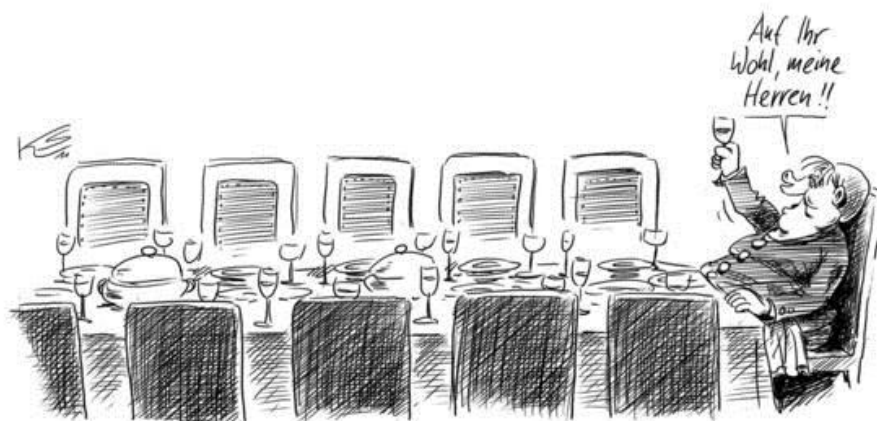
Auch die Kommunalwahl in Hessen wurde nach Meinung der FREIEN WÄHLER von der aktuellen Kernkraft-Diskussion überlagert.

„Die Initiativzündung dürfte sicher die bereits im vergangenen Jahr beschlossene und von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnte Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke gewesen

sein. Durch die Katastrophe in Japan erhielt dieses Thema dann zusätzliches Gewicht und es scheint, als haben viele Wählerinnen und Wähler die Kommunalwahl als Ventil benutzt um ihrer Angst und ihrem Ärger Ausdruck zu verleihen“, so Walter Öhlenschläger weiter.



Die FREIEN WÄHLER haben sich frühzeitig und eindeutig zu den Themen Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke sowie zur Zwischenlagerung abgebrannter Brennstäbe in Biblis geäußert. „Auch in Zukunft werden wir uns zu den Themen der großen Politik zu Wort melden. Anerkanntes Markenzeichen der FREIEN WÄHLER bleibt jedoch weiterhin eine sachbezogene, ehrliche Kommunalpolitik die den Bürgerwillen respektiert“, so Walter Öhlenschläger abschließend.



Bundestkanzlerin im Kreise ihrer innerparteilichen Konkurrenten...

„Interesse an Kommunalpolitik schwindet“

Am 11. September sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Allerdings scheint das Interesse an der Kommunalpolitik stetig zu sinken. Land auf Land ab ist in den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang der Wahlbeteiligung vor allem bei Kommunalwahlen zu verzeichnen: So gingen z. B. In Osnabrück 1996 noch etwa 58 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne, 2006 waren es gerade mal 47 Prozent. Und nicht nur die Wähler scheinen die Lust an der Politik vor Ort zu verlieren – den Parteien fällt es zunehmend schwerer, Mitglieder zu werben.

In Bremen ist zum Beispiel Anfang dieses Jahres die FDP-Fraktion aufgelöst worden, da einer der fünf Abgeordneten aus der Partei austrat, sodass es nun in Bremen nur noch eine „Gruppe der FDP“ gibt. Dass Kommunalpolitik manchmal ein undankbares Geschäft ist, weiß auch Rainer Timmermann, Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebunds. „Die Bürger fragen sich: Was soll ich denn da? Das ist mir alles zu kompliziert geworden. Und wenn ich mitmache, bekomme ich am Ende dafür noch Nackenschläge.“ In den „goldenen Jahren“ sei das noch anders gewesen. Für Timmermann waren die goldenen Jahre die 70er und 80er. „Da hat man noch viel gestalten können, da war richtig Schwung drin“, sagt der gebürtige Osnabrücker. Während auf Landes- und Bundesebene die Zahl der Vorschriften abgebaut würde, kämen durch Europa wieder neue auf die Kommunen zu. „Und die Ratsherren müssen sich dann kundig machen.“

Aber wenn die Politik immer komplizierter wird – sollte man sie dann nicht lieber Profis überlassen? „Um Gottes willen, das wäre ja das Schlimmste, das wäre ein Rückschritt von mehr als 200 Jahren“, sagt Timmermann. Gemeint ist die Zeit vor der Stein’schen Städteordnung von 1808. „Stein mein-

te im Grunde: Keiner kann es besser wissen als die Leute vor Ort.“ Doch selbst wenn die Leute vor Ort es besser wissen – die Spielräume der Kommunen sind begrenzt. Zum einen natürlich aufgrund ihrer Kompetenzen: Bildungspolitik, Gerichte, Polizei, Landesstraßen – alles Angelegenheit der Länder. Oder – im Fall der Bundesgerichte, Bundespolizei oder Bundesstraßen – des Bundes.

Doch viel entscheidender sind die finanziellen Zwänge, aufgrund derer Städte und Gemeinden nicht immer so viel bewegen können, wie sie gerne wollen. „Ich denke aber, dass wir 2011 auf einem guten Weg sind. Dank des wirtschaftlichen Aufschwungs kommen den Kommunen wieder etwas mehr Gelder zu“, sagt Timmermann. Wenn man nun aber eh wenig bewegen kann, weil kaum Mittel vorhanden sind, wenn die Politik immer komplizierter wird, und wenn man am Ende nur den Groll der Bevölkerung über unliebsame Entscheidungen einholt – wieso sollte man sich dann überhaupt noch in der Kommunalpolitik engagieren?

Die knappe Antwort von Timmermann: „Weil es sich lohnt.“ Der Präsident denkt an Stuttgart 21. Ein Beispiel von vielen. Stuttgart 21 – die Protestwelle, die durch die baden-württembergische Hauptstadt rollte. Und das zu einem Zeitpunkt, als kommunalpolitisch längst alles entschieden war. Er denkt aber auch an konstruktive Initiativen vor Ort. Timmermann möchte die Bürger animieren: „Bringt euch frühzeitig ein und sagt, wie sich die Ratsmitglieder entscheiden sollen. Oder besser noch: Stellt euch selbst der Wahl in kommunale Räte. Sonst sitzen am Ende zwölf zusammen, und wer besonders laut schreit, entscheidet.“

Neue Osnabrücker Zeitung, 13.03.2011

Konjunkturpakete der Bundesregierung für Kommunen waren wirksam.

Besonders finanzschwache Kommunen haben profitiert

Die Konjunkturprogramme der Bundesregierung zur Unterstützung kommunaler Investitionen in den Jahren der Finanzkrise 2009 und 2010 haben ihren Zweck, einen Teil des kommunalen Investitionsstaus aufzulösen, erfüllt: Insgesamt jeder sechste in den Kommunen investierte Euro in diesen Jahren stammte aus Mitteln der Konjunkturpakete. Hieran hatte auch die KfW mit den von ihr umgesetzten Programmen der "Investitionsoffensive Infrastruktur", über die Investitionen von rd. 2 Mrd. EUR in die kommunale und soziale Infrastruktur finanziert wurden, einen nennenswerten Anteil.

Eine Sonderauswertung des KfW-Kommunalpanels 2010 zeigt nun, dass insbesondere kleine wie auch finanzschwache Kommunen, die bereitgestellten Gelder nutzten. "Der Investitionsstau in den Kommunen ist immens. Umso wichtiger war es, dass gerade den finanzschwachen Kommunen durch die Konjunkturprogramme Möglichkeiten geboten wurden, auch in der Krisenzeit zu investieren. Ansonsten wäre ihre Situation jetzt weitaus prekärer", sagte KfW-Chefvolkswirt Dr. Norbert Irsch.

Durchschnittlich 109 EUR pro Einwohner investierten Gemeinden mit schwacher Finanzkraft, d.h. Kommunen mit unterdurchschnittlichen pro-Kopf-Steuereinnahmen, in den Jahren 2009 und 2010 aus den Mitteln der Konjunkturpakete. Im Vergleich dazu haben Städte mit mittlerer oder starker Finanzkraft deutlich weniger eingesetzt (durchschnittlich 90 bzw. 93 EUR pro Einwohner).

Der Fokus des Konjunkturpakets II lag auf der Bildungsinfrastruktur, was sich deutlich in den Investitionsschwerpunkten der Kommunen widerspiegelt: Fast 80 % der Kommunen planten bereits im Jahr 2009 Investitionen im Bereich Schulen oder waren dabei diese umzusetzen. 46 % der Kommunen planten im Jahr 2009 Investitionen in Kinderbetreuung. Nichtsdestotrotz sind Kinderbetreuung und Schulen die Bereiche, in denen die Kommunen nach Straßen- und Verkehrsinfrastruktur den größten Investitionsrückstand sehen. Fast die Hälfte der Kommunen hat auch 2010 hier noch einen gravierenden oder nennenswerten Bedarf konstatiert. "Nach Auslaufen der Konjunkturpakete wird die Investitionstätigkeit der Kommunen wieder zurückgehen - trotz der aktuellen Erholung der deutschen Wirtschaft", sagt Dr. Irsch. "Die konjunkturelle Erholung allein kann die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen nicht ausgleichen. Vielmehr sind grundlegende Reformen der Gemeindefinanzen notwendig."

Das KfW Kommunalpanel

Die Ergebnisse der Sonderauswertung nutzen die Daten des KfW Kommunalpanels. Diese jährliche Befragung der Kommunen in Deutschland wird im Auftrag der KfW Bankengruppe durch das Deutsche Institut für Urbanistik durchgeführt. Bisher fanden zwei Befragungswellen statt (2009 und 2010). Es wurden jeweils rund 1.700 Städte und Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern schriftlich befragt. In beiden Jahren gingen aus gut 500 Städten und Gemeinden auswertbare Fragebögen ein. Die Aussagen und Ergebnisse der Studien sind belastbar und repräsentativ.

Die Langfassung der Sonderauswertung zum KfW Kommunalpanel ist abrufbar im Download Center der KfW unter www.kfw.de.

CDU-Kommunalpolitiker für Verfassungsänderung zur Schuldenbremse

Bei der Umsetzung einer verfassungsrechtlichen abgesicherten Schuldenbremse, über die derzeit verschiedene Lösungsansätze kursieren, stellte die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CDU in Niedersachsen auf ihrer Landesvertreterversammlung Ende März in Bodenwerder einen eigenen Vorschlag zur Diskussion.

In einem Leitantrag des KPV-Landesvorstands wird hervorgehoben, „dass die Verantwortungsgemeinschaft zwischen dem Land und den Städten, Gemeinden und Landkreisen in der Ausgestaltung eines fairen kommunalen Finanzausgleichs und in dem von der CDU eingeführten strikten Konnexitätsprinzip zukünftig keine Verlagerung von Schulden oder neuen Standards bzw. Standarderhöhungen durch das Land auf die kommunale Ebene zulässt“.

Bei einem verbindlichen Neuverschuldungsverbot in der Landesverfassung müsse geklärt sein,

dass der kommunale Finanzausgleich nicht davon betroffen ist und sich die bisherige Rechtslage nicht ändert. „Weitere Verschlechterungen im kommunalen Finanzausgleich dürfen jetzt und später nicht eintreten“, heißt es in dem Leitantrag.

Landesregierung und CDU-Landtagsfraktion werden aufgefordert, die kommunale Ebene in die Überlegungen zur Verfassungsänderung frühzeitig einzubinden.

Zudem sei zu entscheiden, ob das Verschuldungsverbot absolut gelten soll oder ob die Ermächtigung nach Artikel 109 GG genutzt werde, der die beiden Ausnahmetatbestände – Kreditaufnahme zur Stabilisierung der Konjunktur und/oder bei Auftreten von Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen – zulässt.

Man darf gespannt sein, wie weit der Einfluss der Kommunalpolitiker in der CDU reichen wird ...



Energie sparen durch Contracting

Neue Wege in der Gemeinde Hude (Oldenburg)

Energiesparcontracting – was ist denn das? Genau diese Frage stellte sich der Verwaltung und den Ratsmitgliedern der etwa 16.000 Einwohner zählenden Gemeinde Hude (Oldenburg) im Nordwesten Niedersachsens. Nach intensiven Informationen und Diskussionen in den gemeindlichen Gremien hat die Gemeinde als Antwort auf diese Frage für sich folgende Entscheidung getroffen.

Durchgeführt wurde ein Ausschreibungsverfahren für Energiesparcontracting-Maßnahmen mit einer Vergabe im Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnehmerwettbewerb auf europäischer Ebene, aufgrund dessen mit der Firma Johnson Controls (JCI) als Contractor ein Energiespar-Garantievertrag abgeschlossen wurde. Dieser gewährleistet, dass in den nächsten zwölf Jahren jährlich 14,68 Prozent der Energiekosten von neun Liegenschaften in der Gemeinde eingespart werden. In Zahlen bedeutet dies eine Reduzierung der Gas- und Stromkosten von 31.300 Euro bezogen auf das Jahr 2009. Dabei werden die Verbrauchskosten der kommenden Jahre auf das Referenzjahr heruntergerechnet, so dass Energiepreisschwankungen nicht das Einsparziel beeinflussen.

Die dafür notwendigen Umrüstungen werden von JCI durch eigene Investitionen vor allem in der Anlagentechnik vorgenommen. Für die Erneuerung und das entsprechende Know-how investierte die Gemeinde einen Baukostenzuschuss in Höhe von 160.000 Euro, der sich vor allem auf den von der Gemeinde als Pflichtmaßnahme geforderten Ersatz einer Schulheizungsanlage bezieht. Darüber hinaus refinanziert JCI seine Kosten durch einen Teil der jährlichen Einsparungen. Wird das Einsparziel jedoch nicht erreicht, so haftet nicht die Gemeinde, sondern der Contractor.

Wird überdies mehr Energie gespart, wird der zusätzliche Gewinn geteilt. Es liegt somit auch im Interesse von JCI mehr Energie zu sparen: eine Win-Win-Situation.

Es ist auch eine gewinnbringende Situation für die Umwelt, denn neben den positiven Effekten für den Gemeindehaushalt werden jährlich 128 Tonnen Kohlenstoffdioxid (CO₂) gespart.

Trotz

knapper finanzieller Ressourcen wird auf diese Weise ein Beitrag für die Umwelt geleistet. Unter dem Motto „Energie sparen, das können wir doch alle“ zeigen wir, dass auch kleinere Gemeinden eine Vorreiterrolle für den schonenden Umgang mit der Umwelt einnehmen können. Dieses Zeichen strahlt dabei über die Gemeindegrenzen hinaus: Beim 3. Bremer Symposium Energiecontracting wurde das Konzept Vertretern von Kommunen aus dem ganzen Bundesgebiet vorgestellt.

Besonders kleinere Gemeinden stehen dieser Form des Energiesparens zurzeit offenbar aber noch skeptisch gegenüber. Sehen kommunale Führungskräfte vielleicht in einer möglichen Zusammenarbeit mit einem Contractorunternehmen noch ungeahnte Risiken? Diesen Bedenken sind wir in Hude dadurch entgegengetreten, dass die im Bereich von Energiesparprojekten renommierte BEKS: Energie-Effizienz GmbH aus Bremen die Vertragsanbahnung und Umsetzung begleitet.

Weitere Informationen:

Gemeinde Hude, Gebäudemanagement,
Herr Nehring, Tel. 04408
921368, E-Mail: nehring@hude.de.

Bürgermeister Axel Jahnz, Gemeinde Hude

Aus: Die niedersächsische Gemeinde 6/2010

Gut vor Ort - gut für unser Land!



Punkten Sie mit!

Helfen Sie uns, den **PUNKT** noch interessanter zu machen. Senden Sie uns Ihre Wünsche, Ideen und Beiträge ganz einfach zu. **Punkten Sie mit!** Ihre Mails, Fotos und Beiträge ganz einfach an:

udo.grubert@fw-whv.de

Mit Online-Diensten den Bürger erreichen.

Mit einer nationalen E-Government-Strategie will die Bundesregierung die Effizienz und Bürgernähe der kommunalen Behörden erhöhen. Einige Städte setzen die neuen IT-Instrumente bereits erfolgreich ein. Michael Orthey will Verwaltungsangestellten die Arbeit erleichtern. "Wir ermöglichen es, Akten direkt aus Word heraus zu erzeugen", sagt der Projektleiter eines Dortmunder Software-Unternehmens. Der Vorteil: Fast jeder Angestellte beherrscht das Textverarbeitungsprogramm - ein paar zusätzliche Menüpunkte auf der Oberfläche ermöglichen es, Datensätze wie Adressen in das Dokumenten-Management-System einzuspeichern. "Ämter arbeiten so effektiver", sagt Orthey.

Das müssen sie auch - fordert doch die im September 2010 vorgestellte "Nationale E-Government Strategie" der Bundesregierung von den Behörden mehr Effizienz und Bürgernähe. Informationstechnik (IT) soll dabei eine Schlüsselrolle übernehmen. Noch ist keine einheitliche Linie zu erkennen: "IT-Lösungen sind beim Bund weit fortgeschritten, bei den kommunalen Behörden gibt es noch Nachholbedarf", sagt Tom Gensicke, Leiter Öffentlicher Sektor beim Beratungshaus Capgemini.

Auch Kommunen selbst liefern neue Ideen.

Das städtische IT-Unternehmen Citeq aus Münster entwickelt Programme, die die elektronische Identifikation (eID) des neuen Personalausweises nutzen. Seit letzter Woche können Bürger Daten des neuen Ausweises in Online-Formulare übertragen - etwa zur Bestellung von Karten beim Vermessungsamt. Für den Antragsteller reduziert sich der Aufwand beim Ausfüllen, eine Prüfung durch Mitarbeiter ist nicht mehr nötig. 25 ähnliche Dienste sollen folgen.

In Bayern entwickelt die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (AKBD) das "Bürgerservice-Portal", mit dem sich zum Beispiel ein amtliches Führungszeugnis online erstellen lässt. Gensicke fordert eine stärkere Vernetzung in Kommunen. "Nicht jede Amtsstelle muss für jede Angelegenheit einen eigenen Ansprechpartner haben. Das Reise- und das Personalmanagement etwa ließen sich gut an zentraler Stelle abwickeln." Der Bund macht vor, wie es geht. Mitarbeiter der Bundesverwaltung beantragen Dienstreisen über ein zentrales Portal und rechnen sie dort auch ab.

(Handelsblatt, 02.03.2011)



Versteckspiel?

Dass man vor Überraschungen im Leben nicht gefeit ist, weiß jeder. Dass gewisse Überraschungen in der Politik nicht ausbleiben, konnte man in den letzten Tagen und

Wochen spätestens seit der AKW-Katastrophe in Japan erleben. Kehrtwendungen um 180 Grad entgegen früheren und festen Aussagen und Standpunkten erlebte man besonders deutlich bei CDU und FDP – und selbst Protokolle waren falsch und führten zum Rücktritt des BDI-Geschäftsführers. Es ist schon was los in Deutschland.

Eine weitere Überraschung kann man derzeit in Scheeßel (Landkreis Rotenburg/Wümme) erleben. Da ja in diesem Jahr Kommunalwahlen sind, hat man sich bei der dortigen CDU des Ortsverbandes Lauenbrück entschlossen (**und es handelt sich wahrlich nicht um einen Aprilscherz**), nicht als CDU bei der Wahl anzutreten!

Ja, die CDU tritt dort nicht mehr unter ihrem Namen an. Stattdessen will man jetzt als „Freie Wählergemeinschaft“ antreten. Wer es nicht glaubt, schaue bitte einmal hier nach:

<http://www.kreiszeitung.de/nachrichten/landkreis-rotenburg/scheessel/wird-freiewaehlergemeinschaft-1180219.html#1618362>

Jetzt versucht sich die CDU hinter dem Namen einer Wählergemeinschaft zu verstecken. Und sicher werden wieder die guten Listenplätze mit strammen CDU-Mitgliedern bestückt sein – und sollten andere, nicht parteigebundene Personen kandidieren – wird diesen sicher im Laufe der Zeit ein Beitrittsformular untergeschoben werden.

Fühlt sich die CDU nicht mehr wohl in ihrer Haut? Will man sich nicht mehr als CDU-Mitglied outen? Nun gut, wer sich in seiner alten Partei nicht mehr wohlfühlt, keiner radikalen Gesinnung angehört hat und nun „politisches Asyl“ bei den FREIEN WÄHLERN genießen will, weil man sich mit unseren Zielen einverstanden erklärt, kann gerne zu uns kommen. Augenwischerei und das Vortäuschen von „Unabhängigkeit“, so wie es hier die CDU versucht, ist ein hilfloser Versuch, tatsächliche freie Wählergemeinschaften zu umgehen oder zu verhindern. Tja, wieder eine Überraschung mehr – aber keine tolle!

Eines ist aber sicher: Das Original, die FREIEN WÄHLER, bleiben erhalten – und wir brauchen uns nicht zu verstecken!

Frank Uwe Walpurgis
(stv. Landesvorsitzender der
FW Niedersachsen)